



Positionspapier: Krieg, Rüstung und Klimawandel und Umweltzerstörung

Die Klimakrise stellt eine Bedrohung unserer Lebensgrundlagen dar – im globalen Maßstab genauso wie hier vor Ort in Bremen. Der Weltklimarat hat festgestellt, dass ein Temperaturanstieg von mehr als 1,5 Grad Steigerung über das vorindustrielle Niveau dramatische und ggf. weitgehend irreversible Folgen für die globalen Ökosysteme und damit für die Lebensgrundlagen der Menschen haben würde. Daher – darin sind sich die allermeisten Wissenschaftler einig – muss eine fundamentale Transformation zu einem dekarbonisierten Wirtschaften weltweit möglichst umgehend erreicht werden. Für die SPD ist zugleich klar, dass eine solche Transformation nur gelingen kann, wenn sie sozial gerecht und solidarisch erfolgt und alle innovativen Kräfte der Gesellschaft mobilisiert.

Zugleich lässt sich feststellen, dass die kriegerischen Konflikte zunehmen und dass erneut – auch wegen des geopolitischen Konflikts zwischen den USA und China – ein neues Wettrüsten begonnen hat. Diese verschärften Spannungen, die sich vermutlich – so eine Studie¹ – auch auf Grund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19 Pandemie nochmals verschärfen werden, verhindern, dass die erforderlichen Ressourcen zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden.

Krieg, Umwelt und Klimawandel sowie die soziale Frage – national und international - sind nicht voneinander zu trennen. Nur in einer friedlichen Welt kann sich die Menschheit den globalen Herausforderungen nach Schutz der Umwelt, Bekämpfung des Klimawandels und nach sozialer Gerechtigkeit erfolgreich stellen.

„Der Frieden ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles nichts“ - dieser einfache Satz von Willy Brandt ist so aktuell wie eh und je!

¹ <http://visionofhumanity.org/indexes/global-peace-index/>

Der militärische Sektor ist schon in Friedenszeiten in erheblichem Maße für Umweltverschmutzungen verantwortlich und trägt zugleich auch zur globalen Erwärmung maßgeblich bei. Das gilt insbesondere während kriegerischer Auseinandersetzungen.

Zugleich verschärfen insbesondere der Klimawandel, aber auch die sonstige Umweltzerstörung, oftmals die gesellschaftlichen Spannungen und tragen insofern zu Konflikten – auch militärischer Art – bei.

- **Kriege bedeuten auch Umweltzerstörung und verschärfen das Klimaproblem.**

Umweltzerstörung und Krieg, zwei Bedrohungen der Menschheit, werden meistens als getrennte Übel betrachtet, so als hätte das eine mit dem anderen nichts zu tun. Dabei führt jeder Krieg zur Emission von Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre durch die Nutzung des Waffenarsenals, zur Zerstörung von Infrastruktur und der Vernichtung von Natur und Umwelt.

Allein schon die wenigen Bilder aus den zerbombten Landschaften Syriens, des Jemen, des Irak, Libyens, die uns durch die Presse übermittelt werden, machen das mehr als deutlich.

Eine besondere Bedrohung geht vom atomaren Wettrüsten aus. Denn ein Atomwaffeneinsatz zerstört – neben den unfassbaren Schrecken für die Menschen vor Ort - die Umwelt und die Lebensgrundlagen für die Menschen auf unabsehbare Zeit.

- **Rüstungsproduktion und -management wie auch militärische Übungen tragen erheblich zu CO₂-Emissionen und zu Umweltbeeinträchtigungen bei.**

Nicht allein die Kriege, auch die Rüstungsindustrie, die militärischen Übungen, die verschärfte Aufrüstung sind Ursache erheblicher CO₂-Emissionen und Umweltbeeinträchtigungen: So übertrifft der ökologische Fußabdruck des US Militärs den jedes Unternehmens; in den US produziert das Pentagon Schätzungen zu Folge mehr hochgiftigen Müll als die fünf größten amerikanischen Chemiekonzerne zusammen: Öl, abgereichertes Uran, Flugzeugtreibstoffe, Pestizide, Entlaubungsmittel und andere Giftstoffe. Im Jahr 2014 musste die Leitung des Umweltprogramms des Pentagon einräumen, dass es 39.000 durch das US-Militär verseuchte Gegenden in den USA gebe. Das Trinkwasser rings um 126 Militärstützpunkte ist mit Stoffen verunreinigt, die als krebserregend gelten.

Zu diesem Ergebnis kam ein Bericht des "House Armed Services Committee" 2014. Offiziell werden auf den über 1.000 Militärbasen weltweit täglich 320.000 Barrel Öl verbraucht, um die Schiffe, Flugzeuge, Tanks, Lastwagen und Jeeps am Laufen zu halten.

Das Pentagon wie auch die Militärapparate anderer Länder verursachen also im erheblichen Umfang Treibhausgasemissionen und sind auch für andere Umweltbeeinträchtigungen verantwortlich. Auch in Deutschland werden durch die Militärübungsplätze Ramstein oder das dem Naturschutzgebiet Lüneburger Heide benachbarte Bergen ganz erhebliche Umweltschäden ausgelöst. In Ramstein und Spangdahlem ist das Grundwasser verseucht, Kerosinablass

und PFC-Schadstoffe vergiften den Boden; in der Lüneburger Heide wurden mitten im Naturschutzgebiet Panzerübungen durchgeführt, die Wald und Heide erheblich beeinträchtigt haben.

Bemerkenswert ist, dass das Pentagon nach amerikanischem Recht von den Verpflichtungen nach internationalen Klima- und Umweltabkommen pauschal ausgenommen ist. Alle durch das US-Militär verursachte CO₂-Emissionen tauchen in den Berechnungen der US-Emissionen nicht auf. Militärische Aktionen, die durch ein UNO-Mandat gedeckt sind, werden grundsätzlich nicht von den Regelungen des Kyoto-Protokoll (1997) und des Pariser Klimaschutzabkommen (2015) erfasst; das gilt für **alle** Unterzeichnerstaaten.²

Trotzdem rüsten zahlreiche Länder in den letzten Jahren in großem Maßstab auf: Nach dem jüngsten SIPRI-Bericht liegen die weltweiten Militärausgaben heute um drei Viertel höher als nach dem Ende des Kalten Krieges. Ein plakativer, aber aufschlussreicher Vergleich: Das deutsche Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hatte 2019 einen Etat von 1,98 Mrd. € (davon noch 0,7 für Atomabfälle), das Ministerium für Verteidigung von 38,5 Mrd. €.

Wenn Deutschland die Forderung der NATO, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben (2 % Ziel) einzusetzen, umsetzen würde, würde Deutschland für Verteidigung rund 85 Mrd. € ausgeben. Jens Stoltenberg, der NATO-Generalsekretär, hat angesichts der Coronakrise am 19.03.2020 noch einmal an die Regierungen appelliert, auf jeden Fall am 2 %-Ziel festzuhalten!

- **Klimawandel und Umweltzerstörung verschärfen gesellschaftliche Spannungen und können (militärische) Konflikte verursachen.**

Viele Studien belegen, dass die Klimakrise gesellschaftliche Spannungen verschärfen und Kriege um Rohstoffe, um Wasser, fruchtbares Land und andere natürliche Ressourcen verursachen wird. Möglich ist auch, dass Kriege zur Sicherung des klimaschädlichen Lebensstils in den Ländern des Globalen Nordens, zur Abwehr von Klimaflüchtlingen aus Ländern des globalen Südens und zur Steuerung von sonstigen Fluchtbewegungen geführt werden könnten.

Durch klimatische Krisen werden in den betroffenen Ländern bereits bestehende soziale, politische und wirtschaftliche Probleme verschärft; Armut, Korruption und behördliche Inkompetenz führen dazu, dass die Staatlichkeit zunehmend verfällt. Konflikte um Ressourcen werden politisch instrumentalisiert und dienen zur Rechtfertigung von militärischen Zwangsmaßnahmen und ausländischen Militäreinsätzen. Das Risiko von Pandemien erhöht sich; die staatlichen Gesundheitswesen versagen unter der Belastung. Der Klimawandel könnte zu ganz unterschiedlichen Katastrophenfällen führen, die gleichzeitig an verschiedenen Orten ausbrechen und deshalb außer Kontrolle geraten können.

Die zukünftigen Konflikte insbesondere im Nahen und Mittleren Osten werden nicht mehr ohne Berücksichtigung klimatischer Veränderungen gedacht werden können. In

² <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/imi-990.html>

dem Gebiet um den Persischen Golf werden nahezu jedes Jahr neue Hitzerekorde mit Temperaturen von über 53 Grad Celsius gemessen. Auch im Iran und Teilen des Iraks werden die Lebensbedingungen immer lebensfeindlicher. Davon sind vor allem die ärmeren Teile der Bevölkerung betroffen. In den ländlichen Regionen droht die Verödung ganzer landwirtschaftlicher Anbaugelände in Folge von starken Dürren. In den wachsenden Städten verschärfen sich die ohnehin schon schlechten Lebensumstände in unzureichenden Wohnquartieren, Slums und ärmlichen Stadtrandgebieten. Der Nahe Osten ist wegen der Klimaanlagen nach den USA und Ostasien eine der Regionen mit dem höchsten Energieverbrauch pro Kopf weltweit. Sinkende Wasserversorgung bei steigenden Einwohnerzahlen in Pakistan, genereller Wassermangel auf der Arabischen Halbinsel, direkte Konfrontation und Auseinandersetzungen um Rohstoffe auf der nördlichen Halbkugel im Polargebiet – Klimawandel wird zum Brandbeschleuniger für mögliche kriegerische Konflikte.

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat sich in seinem Gutachten von 2007 „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ mit solchen Szenarien beschäftigt. Daraus folgte offenbar ebenso wenig wie aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags über eine drohende Pandemie 2012.

Interessant ist, dass etwa das Pentagon und die NATO schon seit längerem ihre Militärstrategie auf die sich durch den Klimawandel ändernden Verhältnisse anpassen.³ Auch das Institut GIDS der Führungsakademie der Bundeswehr (German Institute for Defence and Strategic Studies, gegründet 2018) hat vor kurzem eine Studie „Strategische Ausrichtung von Streitkräften im Klimawandel“ veröffentlicht, die zweifelsohne dazu beitragen soll, dass sich die Bundeswehr besser auf diese neuen Herausforderungen vorbereitet. Diese Papiere belegen erstens, dass selbst die militärischen Apparate erkannt haben, dass der Klimawandel neue und ggf. verschärfte Konflikte erzeugen wird. Und zweitens ist bemerkenswert, dass die Studien sich vor allem damit auseinandersetzen, wie trotz geänderter klimatischer Rahmenbedingungen (z.B. Zunahme von Extremwetterereignissen) die militärischen Operationen durchgeführt werden können – welche Perversion des Denkens!

- **Militärische Konflikte und zusätzliche Spannungen erschweren oder verunmöglichen die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels.**

Klar ist auch, dass militärische Konflikte und zusätzliche Spannungen zu einer enormen Destabilisierung von betroffenen Gesellschaften führen. Ein Leben in Frieden und sicheren Verhältnissen ist kaum oder gar nicht mehr möglich.

³ Beispielsweise sind viele der 800 Militärbasen der USA küstennah aufgestellt. Sie sind daher durch die zunehmenden Extremwetterereignisse und den steigenden Meeresspiegel bedroht; im mittleren Osten und Nordafrika werden für die Militärbasen extreme Hitze und Sandstürme zunehmend zum Problem: Waffen, Fahrzeuge, Versorgungssysteme, besonders die Trinkwasserversorgung und die mit Kraftstoffen für die Tankfahrzeuge – alles muss an extreme Wetterlagen angepasst werden.

In Gesellschaften, die unter Kriegen oder erheblichen Spannungen leiden, wird die Notwendigkeit von klimapolitischen Maßnahmen notwendigerweise (und auch richtigerweise) in den Hintergrund treten. Negative Auswirkungen des Klimawandels können in kriegsgeschüttelten Umgebungen nur im Rahmen einer Friedenskonsolidierung angegangen werden.⁴

- **Krieg und sozialer Frieden**

Für die **Gewerkschaften** ist es klar und Teil ihrer Tradition: „Demokratie, Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen entschlossen verteidigt werden. Das weiß niemand besser als wir Gewerkschaften. Deshalb waren wir von Anfang an zentraler Teil der Friedensbewegung und haben zu ihren Erfolgen beigetragen.“ hieß es im Aufruf des DGB zum 1. September 2019. „In einer Zeit, in der alle Atommächte dabei sind, ihre Nuklearwaffen zu modernisieren, steigen die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus und kündigen das Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme mit Russland. Auch die Bundesregierung ist in der Verantwortung, diesem Irrsinn Einhalt zu gebieten. Sie muss endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnen, dem bereits rund 130 Staaten zugestimmt haben.“

Denn ohne Frieden ist „alles nichts“, wie eben Willi Brand schon formulierte.

- **Aktuelle Entwicklungen**

Nach dem 2. Weltkrieg galten Atomwaffen immer als Abschreckungspotenzial im Kalten Krieg zur Verhinderung einer erneuten Weltkriegskatastrophe; heute arbeitet die US-Regierung an Atomwaffen geringerer Zerstörungskraft ("baby-nukes") und erwägt zumindest, begrenzte Kriege führen zu können, ohne dass es zu einem globalen Armageddon käme.

Deshalb produzieren die USA seit zwei Jahren eine Vielzahl atomarer Sprengköpfe vom Typ W 76-2 (mit der Hälfte der Zerstörungskraft einer Hiroshima-Bombe!). Das Pentagon rüstet damit die Raketen seiner U-Boote und Flugzeugträgerflotten aus. Sie bieten den USA die Möglichkeit zu einem - vermeintlich - auf die Gegnerländer begrenzbaren Atomkrieg, weit weg vom eigenen Territorium. Die Arsenale aller Atommächte werden also inmitten der weltweit zunehmenden Spannungen modernisiert und erweitert.⁵

Aus den Atomwaffenbegrenzungsabkommen sind die USA ausgestiegen, und es ist zu befürchten, dass auch der Start Vertrag 2021, der im Februar 2021 ausläuft, nicht verlängert werden wird.

In dem von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturprogramm sollen 10 Mill (von insgesamt 130 Mill) für die schnelle Umsetzung u.a. von Rüstungsprojekten eingesetzt werden.

⁴ SIPRI Yearbook 2020, Armaments, disarmament and International Security, Stockholm 2020: "It is now clear, that the impact of climate change often needs to be addressed amid peace-building in war-torn settings."

⁵ Ebenda

Die Bundesverteidigungsministerin unterstützt die Forderung der NATO von 2 % des BIP für Rüstungsausgaben und will die veralteten Tornado-Flieger der Bundeswehr ungefähr zur Hälfte durch Eurofighter, aber zur anderen Hälfte mit F-18-Kampffjets aus amerikanischer Produktion (von Boeing) ersetzen. Letztere können auch als Träger von Atombomben eingesetzt werden.

Ende 2020 sollte auf einer weiteren Klimakonferenz geprüft werden, inwieweit die unterbreiteten „Nationally determined contributions“ der Staaten zur Erreichung der Ziele des Paris Abkommens ausreichend sind. Weder das Klimapakete noch das jetzt vorgelegte Konjunkturprogramm der Bundesregierung werden dieser Zielsetzung gerecht.

Schlussfolgerungen

- (1) Kriege, Waffenproduktion und selbst militärische Übungen in Friedenszeiten tragen erheblich zum Klimawandel und zur Umweltzerstörung bei.
- (2) Der voranschreitende Klimawandel und die Umweltzerstörung verschärfen gesellschaftliche Spannungen und können (militärische) Konflikte verursachen. Unter solchen Bedingungen ist eine effektive Klimaschutzpolitik kaum vorstellbar.
- (3) Krieg, Waffenproduktion und selbst militärische Übungen in Friedenszeiten auf der einen Seite und Klimawandel und Umweltzerstörung auf der anderen Seite verstärken sich wechselseitig. Es ist ein Teufelskreis, der sehr viel Elend über die Menschen bringt und bringen wird.
- (4) Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen.

Aus diesen Schlussfolgerungen ergeben sich für den Arbeitskreis folgende Forderungen:

- **Entspannungspolitik muss wieder das Leitmotiv internationaler Politik werden!**
 - Erhalt und Verlängerung des START Vertrags (Strategic Arms Reduction Treaty); diplomatische Bemühungen zur Wiederaufnahme des INF-Vertrages (Intermediate Range Nuclear Forces)
 - Stärkung des Atomwaffen-Sperrvertrags/Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsantrag von 2017
 - Strenge Kontrolle und kontinuierliche Reduzierung von Rüstungsexporten
 - Kontinuierliche Minderung der Militärausgaben in Deutschland.
 - Keine Förderung von Rüstungsprojekten im Rahmen des Konjunkturprogramms
 - Keine Atomwaffen in Deutschland und auch keine sonstige nukleare Teilhabe
- **Effektive Umsetzung der Anforderungen des Paris Übereinkommens in Deutschland und Europa!**

- Steigerung der Ausgaben im Bundeshaushalt für Klimaschutz und die klimagerechte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bis 2030 auf zwei Prozent des BIP
- Verabschiedung des EU Green Deals mit anspruchsvollen Zielen und Maßnahmen
- Verabschiedung eines anspruchsvollen und angemessenen Klimapakets in Deutschland